Betreuungsvereinbarung

Anlage 4

Impfschutz gemäß Infektionsschutzgesetz § 34 Abs. 10a

Nach § 34 Abs.10a Infektionsschutzgesetz haben die Personensorgeberechtigten „*bei der Erstaufnahme in eine Kindertageseinrichtung gegenüber dieser einen schriftlichen Nachweis darüber zu erbringen, dass zeitnah vor der Aufnahme eine ärztliche Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgemäßen, nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes erfolgt ist. Wird der Nachweise nicht erbracht, kann das Gesundheitsamt die Personensorgeberechtigten zu einer Beratung einladen*“.

Notwendig ist ein **schriftlicher Nachweis** einer ärztlichen Beratung.

Neben einer **ärztlichen Bescheinigung** kann auch der **Impfausweis** oder das **Vorsorgeuntersuchungsheft** des Kindes bei Erstaufnahme in eine Kindertageseinrichtung vorgelegt werden.

Die Kosten eines ärztlichen Attestes, das nur erforderlich ist, wenn weder das Untersuchungsheft noch der Impfausweis vorgelegt werden, sind durch die Personensorgeberechtigten zu tragen.

Im Folgenden findet sich eine Übersicht zur Festlegung des Begriffs „zeitnah“:

Alter des Kindes bei Beginn der Betreuungsvereinbarung	Zeitpunkt ab dem eine Beratung erfolgen muss
3 Monate	ab Vollendung des 2. Lebensmonats oder später
4 Monate bis 10 Monate	ab Vollendung des 3. Lebensmonats oder später
11 Monate bis 14 Monate	ab Vollendung des 4. Lebensmonats oder später
15 Monate bis 23 Monate	ab Vollendung des 11. Lebensmonats oder später
2 Jahre bis 4 Jahre	ab Vollendung des 15. Lebensmonats oder später
5 Jahre bis 6 Jahre	ab Vollendung des 3. Lebensjahres oder später

Durch die Kindertageseinrichtung wird nur der Nachweis der Beratung, nicht der Impfstatus geprüft.

Der Nachweis zur ärztlichen Beratung muss nur einmalig erbracht werden.

Es gibt keine Impfpflicht. Die Vorlage eines schriftlichen Nachweises ist keine Voraussetzung für die Aufnahme in der Kindertageseinrichtung.

Impfausweis oder Untersuchungsheft dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht kopiert werden.

Aufgrund noch offener Regelungen darf die Kindertageseinrichtung in den Fällen, in denen der schriftliche Nachweis einer ärztlichen Impfberatung nicht vorgelegt wurde, bis auf Weiteres keine personensorgebezogenen Daten an das Gesundheitsamt weitergeben.

Eltern, die den Nachweis nicht oder nicht rechtzeitig erbringen, handeln ordnungswidrig. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld von bis zu 2.500 Euro geahndet werden.